

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellungs-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zeile 50 P.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von M. Bred. Druck von E. A. S. Meiser & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

### Der Lohn reicht nicht!

Einige Mitglieder der Zehnstelle Hamburg haben uns genaue Aufstellungen über ihre Haushaltsausgaben für je eine Woche zur Verfügung gestellt. Die Aufstellungen haben manche Mängel. Sie erstrecken sich nur auf eine Woche, also auf einen Zeitraum, in dem sich die Ausgaben nicht ausgleichen.

Die Zusammenstellungen haben den weiteren Mangel, daß sie erstmalig vorgenommen wurden, daß ihnen keine Vergleichszahlen aus früheren Jahren gegenübergestellt werden können. Sie sagen also nichts über die Veränderungen in der Zusammenfassung der Ausgaben, im Preise der Lebensmittel usw.

Die Aufstellungen lassen also, das sei ausdrücklich betont, weitgehende Schlüsse über den Ernährungszustand und die Ernährungskosten nicht zu. Immerhin sind sie wertvoll als ein Beitrag zur Aufhellung der Lage der Arbeiter in der Kriegszeit.

Von den fünf Kollegen, die uns ihre Aufstellung zugesandt haben, verdiente der schlechtestenlohnte 37 Mk. die Woche, der bestbezahlte 62,50 Mk. Es handelt sich also um Arbeiter, deren Verdienst über dem Durchschnitt steht. Der Kollege mit 37 Mk. Wochenverdienst hat keine Kinder, der mit 62,50 Mk. hat deren 9, wovon 3 im Felde stehen. Einer hat 1 Kind und zwei haben drei Kinder. Es sind also Familien aller Größen beteiligt. Eine Gegenüberstellung der Wocheneinnahmen und -ausgaben ergibt zunächst das folgende Resultat:

Familie	Personen	Wochenverdienst	Wochenausgabe	Ueberschuß (+) oder Defizit (-)
1	2	37,—	36,26	+ 0,74
2	3	58,20	52,87	+ 5,33
3	5	58,20	61,86	- 3,66
4	5	45,—	50,13	- 5,13
5	8	62,50	82,89	- 20,39

Einen Einnahmehüberschuß hatten nur die beiden kleinsten Familien. Bei den drei übrigen war die Einnahme größer als die Ausgabe, und zwar war das Defizit umso größer, je größer die Familie. Der Kollege, der 6 Kinder zu Hause hat, mußte 20 Mk. aus Ersparnissen zusehen, obwohl er den weitaus höchsten Verdienst hatte. Es ist hier jedoch einzuschalten, daß die Wochenausgabe dieses Kollegen mit 23 Mk. Ausgaben für Kleidung und Wäsche belastet ist. Es sind also wahrscheinlich einige, wenn auch kleine Neuanschaffungen erfolgt, die nicht allwöchentlich wiederkehren. Wobei allerdings nicht zu verkennen ist, daß in einer so großen Familie bei der jetzigen Teuerung die Instandhaltung und Ergänzung im Wochenbuchschnitt nicht allzuweit hinter der für die Berichtswache angegebenen Summe zurückbleiben wird. Rechnungen wir nunmehr die Verteilung der Ausgaben:

Familie	Brot, Mehl und Weizenbrot	Fleisch und Fett	Sonstige Nahrungsmittel	Lebensmittel überhaupt	Kleidung und Wäsche	Heizung und Licht	Miete u. Steuern	Sonstige Ausgaben
Fam. 1 (2 Pers.)	3,10	6,04	8,43	17,57	5,—	5,80	3,65	4,24
2 (3 " )	3,77	17,29	10,89	31,95	5,50	2,47	6,56	6,39
3 (5 " )	6,41	14,40	12,98	33,79	5,10	3,41	7,16	12,40
4 (5 " )	9,48	11,38	16,70	37,56	—	2,07	5,—	5,50
5 (8 " )	8,30	16,42	15,43	40,15	23,—	4,50	8,—	7,24

Die Verschiedenheiten in der Ausgabe für Brot, Mehl und dgl. trotz der Rationierung erklären sich daraus, daß einige der Kollegen Schwerarbeiter sind und als solche besondere Zulagen erhalten. Die besonders hohe Ausgabe für Fleisch und Fett bei Familie Nr. 2 ergibt sich dadurch, daß neben der Fleischration noch Pferdefleisch und 3 Pfund Fisch, sowie 1/2 Pfund Talg und 4 Pfund Rippen gekauft wurden. Auch die unter 3 angeführte Familie kommt nur durch Zukauf von Pferdefleisch (1 1/2 Pfund) und Fisch zu der überdurchschnittlichen Ausgabe für Fleisch und Fett. Unter „sonstige Nahrungsmittel“ bilden die Ausgaben für Kartoffeln und Getreide, Milch und Käse die Hauptposten. Die Ausgaben für Kleidung und Wäsche sind durchweg gering. Eine Familie hat gar nichts dafür aufgewendet. Neuanschaffungen kann nur die unter 5 angeführte Familie gemacht haben, und auch die nur in sehr bescheidenem Umfange. Die Ausgaben für Miete und Steuern sind anteilig eingeteilt, die für Heizung und Licht entsprechen nur den tatsächlich gemachten. Soweit also Heizungs-vorräte vorhanden waren, erscheinen sie in der Aufstellung nicht, was bei der Beurteilung wohl zu beachten ist. Der Posten „Sonstige Ausgaben“ umfaßt alles, was auszugeben wurde für Verbrauchgegenstände, die nicht Lebensmittel sind oder zur Heizung und Beleuchtung dienen. Also Seife, Pflanzöl, Rührteig usw.; auch Ausgaben für Feldpostpakete, Fahrgehalt, Zeitung, Verband, politische Vereinigung usw. Endlich auch die Ausgaben für den persönlichen Verbrauch, wie Kaufmaterial, Bier und dgl. Es geht schon aus dieser Aufzählung hervor, es sei aber noch aus-

drücklich bemerkt, daß die Ausgaben für den zuletzt genannten Zweck durchweg äußerst gering sind. Einige Aufstellungen enthalten überhaupt keinen Pfennig Ausgabe für Bier, Tabak und dgl.

Trotz alledem, trotz Zurückstellung größerer Ausgaben für Wäsche und Kleidung, trotz Nichtanzahlung vorrätiger Heizmittel, trotz äußerster Sparsamkeit bei allen Ausgaben für den persönlichen Bedarf, hat nur einer von den fünf einige Mark Ueberschuß. Einer kommt gerade aus, die andern haben mehr ausgegeben als eingenommen. Wie sie das ausgleichen, geht aus der einen Wochenabrechnung nicht hervor. Soweit sie keine Reserven von früher haben, werden sie wahrscheinlich in andern Wochen noch mehr sparen müssen — sofern es ihnen nicht gelingt, die Einnahmen zu erhöhen.

Das ist die wichtigste Lehre aus den fünf Abrechnungen. Die Arbeiter müssen eine wesentliche Erhöhung ihrer Einnahmen, d. h. ihres Lohnes anstreben, wenn sie auch nur halbwegs anständig durchs Leben kommen wollen. Sie müssen Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen fordern, wenn sie nicht zugrunde gehen, wenn sie nicht über alle Gebühr hungern und darben wollen. Es ist nicht „Begehrlichkeit“, wie manche Unternehmerblätter behaupten, es ist nicht „unpatriotische Gestinnung“, wie ein Unternehmerblatt der Papierindustrie kürzlich meinte, sondern es ist die bittere Not, die den Arbeitern im Nacken sitzt. Und es ist nur bedauerlich, daß so viele Unternehmer die Zwangslage der Arbeiter nicht anerkennen oder ihr doch nicht Rechnung tragen wollen. Die sehen nur die gestiegenen Geldlöhne der Arbeiter, aber sie beachten nicht, in welcher ungeheuerlicher Weise der Haushalt durch die Teuerung belastet wird. Um so mehr Grund haben die Arbeiter, auf einen Ausgleich zu drängen, einen der Teuerung entsprechenden Lohnausgleich zu fordern. In die Taschen vieler Unternehmer bringt der Krieg Ströme von Gold, die Arbeiter aber haben bittere Not, den Hunger von ihrer Schwelle zu vertreiben. Das lehrt jede Erhebung über Haushaltslasten im Kriege. Auch die unsrer Hamburger Kollegen.

### Eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

In Nr. 29. des „Proletariats“ haben wir mitgeteilt, daß das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für den 1. Oktober d. J. eine internationale Gewerkschaftskonferenz nach Bern einberufen hat. Die formelle Einladung zu dieser Konferenz liegt nunmehr vor und wird in Nr. 31 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht. Die an alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen gerichtete Einladung hat folgenden Wortlaut:

#### Werte Genossen!

Es ist leider eine Tatsache, daß die Beziehungen der Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder zueinander seit Ausbruch des Krieges sich sehr gelockert haben, was insbesondere im Hinblick auf die gemeinsamen Interessen der Arbeiter aller Länder sehr zu bedauern ist. Doch jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo ein gemeinsames Handeln der Gewerkschaften aller Länder mehr denn je geboten erscheint. Das haben die Glieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes denn auch eingesehen.

Vor Jahresfrist hat in Leeds in England eine Konferenz von Vertretern englischer, französischer, italienischer und belgischer Gewerkschaften stattgefunden und ein Programm aufgestellt, in dem die Forderungen der Arbeiter an den Friedenskongreß enthalten sind. Dieses „Leeds-Programm“ ist von der Pariser Korrespondenzzentrale an alle Gewerkschaften verbreitet worden und bildet im November Gegenstand der Beratungen auf zwei skandinavischen Konferenzen, die Stellung zu nehmen hatten zu einer auf den 11. Dezember 1916 nach Bern in Aussicht genommenen internationalen Gewerkschaftskonferenz. Die skandinavischen Konferenzen beantragten Verschiebung der internationalen Konferenz, weil die Möglichkeit einer allseitigen Beteiligung nicht gegeben und auch die Vorbereitung der zu behandelnden Gegenstände nicht genügend erschien. Zunächst war es wichtig, festzustellen, ob es überhaupt möglich ist, die Vertreter beider kriegführender Parteien auf einer Konferenz zu vereinigen.

Die Schweiz übernahm diese Mission. Die Neutralen erklärten, wie nicht anders zu erwarten, der Einladung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu einer Konferenz Folge leisten zu wollen. Auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn antworteten in leistungsvollem Sinne. Ein Rundschreiben an Amerika, England, Frankreich, Spanien und Belgien, das am 28. März verfaßt wurde, hat schon mehr Schwierigkeiten. Von Amerika, Spanien und Belgien haben wir noch keine Antwort erhalten. Von Spanien wissen wir bestimmt, daß der Brief nicht an den Adressaten gelangt ist. Ob ihn Amerika und Belgien erhalten haben, steht dahin. Die General Federation of Trade Unions in England hat am 9. Mai geantwortet, der leitende Ausschuß sei der Meinung, daß eine gemeinsame Konferenz zwecklos sei, solange noch so viele Völker im Kriege stehen. Eine Konferenz könne mehr Schaden als Nutzen, solange die Wogen der nationalen Erbitterung so hoch gehen. Dagegen wäre der Ausschuß für die Einberufung einer Konferenz der alliierten Länder. Eine solche Konferenz könnte von den französischen oder von den amerikanischen Gewerkschaften einberufen werden. In diesem Schreiben wird also die Besichtigung der Konferenz nicht prinzipiell abgelehnt, man hält sie nur für unmöglich, ja schädlich, weil man ein Ueberhandnehmen chauvinistischer Ideen befürchtet. Wir haben die letzte Ueberzeugung, daß diese Begründungen nicht begründet sind und berufen uns dafür auf das Verhalten der gegenwärtig in der Schweiz internierten Soldaten der verschiedenen Nationen zueinander, das durchaus loyal ist. Am 19. Mai beantwortete die Confederazione Generale del Lavoro Italiens unser Rundschreiben. Sie erklärte, daß sie mit unzerstörter Einigkeit und voller Begeisterung bereit sei, an der Möglichkeit, eine solche Konferenz in der heutigen Lage zu organisieren, zu arbeiten. Voraussetzung der Teilnahme sei aber, daß sowohl die eine wie die andere Seite damit einverstanden sei. Auch mit der im Zirkular vom 28. März ausgesprochenen Anregung,

daß bis zehn Delegierte von jedem Lande entsendet werden können, erklärte sich Italien einverstanden. Dagegen hatte die italienische Landeszentrale Bedenken, daß man auch außerhalb des F. G. B. stehende Landeszentralen einlade. Wir glauben, daß diese Bedenken zur jetzigen Stunde zurückgestellt werden sollten. Bei der einberufenden Konferenz handelt es sich in erster Linie darum, zu dem Leeder Programm Stellung zu nehmen. Daran sind alle Arbeiter interessiert, und es kann unfern Bestrebungen nur dann ein Erfolg beschieden sein, wenn nach Annahme des Programms auf der Konferenz die gesamten organisierten Arbeiter eines Landes dafür eintreten. Die speziellen Angelegenheiten des F. G. B. sind wieder eine Sache für sich.

Schließlich kamen wir auch in bezug der Antwort der Confederation generale du Travail in L. zu. Sie schrieb am 4. Juni, es sei beschlossene worden, unserer Einladung zu einer internationalen Konferenz Folge zu geben, doch solle vor der internationalen Konferenz am gleichen Ort, wo diese tagte, eine Konferenz der Entente-Länder einberufen werden. An der Spitze der internationalen Konferenz müßte die Frage der Verlegung des Sitzes in ein neutrales Land stehen. Die französischen Genossen schlagen vor, es seien die dem F. G. B. nicht angeschlossenen Landesorganisationen in Italien, England und Rußland, auch die schon lange die Anerkennung verlangende Organisation der Tschechen ebenfalls einzuladen. Die Tagesordnung sei im voraus zu bestimmen, damit die Landeszentralen sie zur Kenntnis nehmen und darüber diskutieren können. Gegen die Abhaltung einer Vorkonferenz wird man nichts einwenden können.

Nachdem nun Frankreich und Italien die Frage der Sitzverlegung zur Behandlung gestellt wissen wollen und auch der Präsident des F. G. B., Genosse Legien, in seinem Schreiben vom 12. März 1917 für die Konferenz Bestimmung des Sitzes des F. G. B. als Tagesordnungspunkt vorschlägt, wird man dem Rechnung tragen müssen, obwohl immer noch Stimmen laut werden, es möge die Sitzfrage bis nach dem Kriege unerörtert bleiben. Wir halten ebenfalls dafür, daß die Entscheidung dieser Frage nicht mehr umgangen werden kann.

Der Wunsch, es möchten zu der Konferenz auch die dem F. G. B. bisher nicht angeschlossenen Landeszentralen eingeladen werden, ist mehrfach geäußert worden. Was wir davon halten, haben wir bereits gesagt.

Am 8. Juni hat eine durch Holland einberufene internationale Konferenz in Stockholm stattgefunden, die sich als Vorkonferenz bezeichnet; diese Konferenz war infolge der kurzen Einlabefrist und der mangelhaften Vorbereitung nur von Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Holland, Norwegen, Oesterreich-Ungarn und Schweden besucht. Sie konnte daher ihr Programm nicht erledigen und einige sich auf eine Adresse an alle Landeszentralen, in der diese auf den 17. September 1917 nach der Schweiz berufen werden. Diese Adresse ist an die „gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse“ gerichtet, womit auch die Stockholmer Konferenz dokumentiert, daß sie die Teilnahme nicht von der Zugehörigkeit zum F. G. B. abhängig machen will.

Wir machen uns den Inhalt des Rundschreibens der Stockholmer Vorkonferenz, das unter dem 8. Juni an alle Landeszentralen gerichtet ist, zu eigen und bitten, der Frage der Stellungnahme zum Frieden resp. der Forderungen der Gewerkschaften zum Friedenskongreß nachhaltige Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist, alle Aufgaben würdigend, zu der Erkenntnis gekommen, daß nunmehr die Vorbereitungen zur Abhaltung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz gegeben sind und daß eine Einladung wirklich allgemeinen Ansehens geben könnte. Mit ganz besonderer Freude erfüllt es uns, daß, nachdem schon früher die Schweiz als Kongreßland in Aussicht genommen war, sich neuerdings die Stockholmer Konferenz ebenfalls für die Abhaltung der Konferenz in der Schweiz ausgesprochen hat.

Nicht ganz einverstanden sind wir mit dem Termin vom 17. September, der von Stockholm in Aussicht genommen ist. Wir sind nach allen bisherigen Erfahrungen der Meinung, daß eine Frist von drei Monaten das Minimum an Zeit darstellt, die zur ordnungsgemäßen Vorbereitung, zur Bestimmung der Delegierten und zur Reise notwendig ist. In Anbetracht, daß ein Teil dieser Vorarbeiten bereits geleistet ist, glauben wir, daß der 1. Oktober als Kongreßtermin angenommen werden könnte. Wir hoffen, daß die kleine Korrektur an dem in Stockholm gefaßten Beschlusse uns nicht falsch ausgelegt wird, da wir wirklich nichts anderes im Auge haben als das volle Gelingen der Sache. Internationalen Gewerkschaftskonferenz auf Montag, Internationalen Gewerkschaftskonferenz auf Montag, den 1. Oktober 1917, vormittags 10 Uhr, nach dem Volkshaus in Bern (Schweiz).

#### Tagesordnung:

1. Konstitution und Sitz des F. G. B.
  2. Die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongreß.
- Die Behandlung von politischen Fragen ist ausgeschlossen. Jedes Land kann bis zu zehn Delegierte entsenden, deren Namen wir uns möglichst bald mitteilen bitten, auch hat jedes Land nur eine Stimme. In welcher Weise der erste Punkt der Tagesordnung erledigt wird, wissen wir nicht. Zur allgemeinen Orientierung gestatten wir uns aber, kurz anzudeuten, wie — nach mündlichem Bericht — die Confederation generale du Travail über die Sache denkt. Der Sitz des F. G. B. soll nach einem neutralen Lande verlegt werden. Es wird ein Exekutivkomitee gebildet, dem außer dem internationalen Sekretär Vertreter mehrerer (unliegender) Länder angehören. Das Exekutivkomitee wird von der Konferenz gewählt und hat deren Beschlüsse auszuführen und dem Sekretariat Direktion zu geben.
- Es wird Sache der Landeszentralen sein, sich gründlich mit dieser Frage zu befassen, ev. Anträge zu stellen, die dann zur Diskussion weitergegeben werden können, um so eine möglichst rasche und reibungslose Verhandlung zu finden. Es muß uns allen klar sein, daß gerade zu jetziger Zeit die volle Aktionsfähigkeit des Sekretariats sehr wichtig ist.
- Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung wollen wir uns nicht weiter auslassen. Das Leeder Programm und das Programm des F. G. B. sind Ihnen bekannt. Dazu gilt es Stellung zu nehmen. Anträge hierzu mögen an uns gerichtet werden, soweit man sie nicht direkt der Konferenz zu unterbreiten wünscht.
- Wir sprechen wohl im Sinne aller Gewerkschafter, wenn wir sagen, daß die Stellungnahme zum Frieden für uns von weittragender Bedeutung ist. Daß es unbedingt notwendig ist, die Arbeiterklasse in allen Ländern mit den ungeschäftlichen Forderungen für den Frieden vertraut zu machen, daß je impoanter die Konferenz sich gestaltet, je etuarter der Wille des Proletariats der Kulturwelt dort zum Ausdruck kommt, um so energischer auch die Arbeitermassen hinter dem Programm stehen werden. Und davon kann kein Zweifel sein, daß die Regierungen nur dann unser Programm aufnehmen, es zu dem ihnen machen werden, wenn die Massen der Arbeiter dahinter stehen, wenn es die Regierungen, die Stimmen des profitierenden Kapitals zum Schweigen zu bringen.
- Darum auf nach Bern und willkommen in der friedlichen Schweizstadt!

Mit internationalem Gruß  
Der Präsident :  
D. Schneberger.

Der Sekretär :  
Karl Dürr.

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Legien, richtete aus Anlaß dieser Einberufung folgendes Schreiben an die gewerkschaftlichen Landeszentralen:

Berlin, den 28. Juli 1917.

An die gewerkschaftlichen Landeszentralen.  
Werte Genossen!

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund beruft die internationale Gewerkschaftskonferenz für den 1. Oktober 1917 nach Bern ein. Da die internationale Konferenz in Stockholm am 8. Juni den Termin für die Konferenz in der Schweiz auf den 17. September 1917 festgesetzt hat, so ersucht mich der Schweizerische Gewerkschaftsbund, bei den Landeszentralen, die in Stockholm vertreten waren, dahin zu wirken, daß sie den neuvergebenen Termin für die Konferenz annehmen. Die Konferenz ist für den 17. September in der Schweiz angesetzt, damit allen Landeszentralen die Möglichkeit gegeben wird, die Konferenz besuchen zu können. Da die internationale sozialistische Konferenz voraussichtlich am 15. August dieses Jahres tagen wird, so ist es ohne wesentliche Bedeutung, ob die gewerkschaftliche Konferenz 14 Tage später stattfindet.

Die gewerkschaftlichen Friedensforderungen sind in Ihren Grundzügen formuliert. Selbst wenn die sozialistische Konferenz in Stockholm sozialpolitische Forderungen aufstellen würde, so könnte sie nurmehr die annehmen, die von der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern festgelegt werden. Von dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund wird auf Wunsch der Landeszentralen von Frankreich und Italien als erster Punkt der Tagesordnung vorgegeben: „Konstitution und Sitz des I. G. B.“, während die Konferenz in Stockholm die Möglichkeit gegeben werden sollen. Ich halte es auch heute nicht für richtig, daß die zur Einigung führenden Beratungen über die gemeinsamen gewerkschaftlichen Forderungen durch müßige Auseinandersetzungen über den Sitz des I. G. B. beschleunigt werden. Die Tagesordnung, wie sie vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund vorgegeben ist, darf jedoch kein Grund sein, die Konferenz in Bern nicht zu besuchen.

Die Konferenz ist unbedingt notwendig. Sie verliert auch nicht an Wert und Bedeutung, wenn die eine oder andere Landeszentrale kurzfristig genug sein sollte, sich in Bern nicht vertreten zu lassen. Wenn die Konferenz in Stockholm davon abgesehen hat, die Friedensforderungen der Gewerkschaften zu beraten, so nur deswegen, um allen Landeszentralen die Möglichkeit zu geben, an der Beratung sich beteiligen zu können. So wertvoll es wäre, daß die allgemeine Beteiligung erfolgt, so notwendig ist es, daß die Gewerkschaften der Länder, die nach wie vor ein gemeinsames Vorgehen wollen, sich über die gewerkschaftlichen Forderungen für Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung, Freizügigkeit und Vereinigungsrecht verständigen. Je größer der Kreis der Landeszentralen, die einheitlich handeln, um so sicherer der voraussichtliche Erfolg.

Deswegen sollte keine der Landeszentralen, die in Stockholm vertreten waren, von einer Delegation zum 1. Oktober nach Bern deswegen absehen, weil der Termin der Konferenz und deren Tagesordnung dem Beschluß von Stockholm nicht entspricht. Auch der Umstand, daß viele Länder nur wenige gewerkschaftliche Landeszentralen der Konferenz fernschreiben, weil nationale Erwägungen ihnen mehr sind als die internationale Sicherung des Arbeiterrechts, darf nicht Veranlassung sein, der Einladung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes nicht zu folgen.

Es dürfte die Landeszentralen interessieren, zu erfahren, daß die Konferenz der Vorstandsleiter der Gewerkschaften Deutschlands am 21. Juli d. J. beschloß hat, die Einladung anzunehmen und die Wahl von 10 Delegierten vorzuziehen.

Es wäre wünschenswert, daß alle Landeszentralen diesem Vorgehen folgen, um zu beweisen, daß sie dann, wenn es sich um die Wahrung der Interessen der Arbeiter handelt, alle anderen Erwägungen zurücklassen und jedes Bedenken fallen lassen.

Mit freundlichen Grüßen  
E. Legien.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat die Einladung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit folgendem Schreiben beantwortet:

Berlin, den 1. August 1917.

An den Schweizerischen Gewerkschaftsbund,  
Bern.

Werte Genossen!

Die Einladung zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern am 1. Oktober 1917 gelangte in unserm Büro. Wir sind bereit gewesen, an einer internationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen, und werden deshalb Ihrer Einladung gern Folge leisten. Eine Konferenz der Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands, die vom 21. bis 26. Juli 1917 in Berlin tagte, stellte sich auf den gleichen Standpunkt und wählte die Wahl von 10 Delegierten, die an der Konferenz in Bern teilnehmen sollten, von Namen und Namen der Delegierten werden wir Ihnen in Kürze mitteilen.

Zu der in Berichtes gedruckten Tagesordnung bemerken wir: Die Verhandlung über die Konstitution und den Sitz des I. G. B. sollte vorher nach auf dieser Konferenz nicht getroffen, sondern bis nach Friedensschluss zurückgestellt werden. Wird aber die Verhandlung über diese Punkte vordrängen, dann sollte sie an zweiter Stelle zur Verhandlung kommen. Wir beantragen also:

Die Verhandlung der internationalen Gewerkschaften zum Friedensschluss.  
Als erstes Punkt zur Verhandlung zu stellen. Es gilt in erster Linie praktische Arbeit im Interesse des internationalen Proletariats zu leisten. Ist die Konstitution der gewerkschaftlichen Organisationen zum Friedensschluss nach dem Zeitpunkt der Friedensschlüsse zurückgestellt, ist es dann möglich, die Arbeit des Proletariats zu fördern und für das zukünftige friedliche Zusammenleben der Völker bedeutende Arbeit zu leisten, dann kann immer noch die Frage über die Konstitution und den Sitz des I. G. B. erledigt werden. Die Verhandlungen über diesen Punkt werden sich zwecklos in endlosen und verwickelten Gesprächen bewegen, wenn nicht die praktische Arbeit für die gewerkschaftlichen Organisationen zum Friedensschluss vordringt.

Mit freundlichen Grüßen  
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
E. Legien.

**Mit freundlichen Grüßen**  
**Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**  
**E. Legien.**

gabe neuer Aktien, also um Erhöhung des Aktienkapitals, sondern um die Wiebenausgabe alter Aktien, die der Gesellschaft bei einer früheren Sanierung zur Verfügung gestellt werden mußten. Zum Verständnis dieser Dinge muß hier auf frühere Vorgänge zurückgegriffen werden.

Die Scheidemann-Gesellschaft strebt seit Jahren nach der völligen Beherrschung des Marktes für Knochen und Erzeugnisse der Knochenverarbeitung. Um zu dieser Herrschaft zu kommen, erwarb sie Duzende von Unternehmen im In- und Auslande; daneben sicherte sie sich Einfluß durch Aktienkäufe, Beteiligungen usw. Die geradezu laminartige Vergrößerung erforderte natürlich fortwährenden Kapitalzuschuß der Aktionäre. Begründet wurde die Gesellschaft mit 1 1/4 Millionen Mark Kapital. Im ersten Jahre nach der Gründung erfolgte schon eine Erhöhung um 300 000 Mk.; die nächste Erhöhung erfolgte 1903, die weiteren in ganz kurzen Abständen. 1911 betrug es schon 11 Millionen Mark. Die Verzinsung des Aktienkapitals war bis 1912 hoch; der niedrigste Dividendenfuß seit der Gründung betrug 5 Prozent, in den Jahren 1907 bis 1912 wurden immer 10 bis 15 Prozent gezahlt. Dann kam plötzlich ein starker Rückschlag. Das Betriebsjahr 1912/13 brachte nur einen Rohüberschuß von etwa 200 000 Mk., der sich nach Vornahme der erforderlichen Abschreibungen in einen Verlust von fast 8 Millionen Mark verwandelte. Dieser Verlust konnte noch aus den angesammelten Reserven gedeckt werden. Das nächste Betriebsjahr brachte noch einmal ein ähnliches Ergebnis. Infolgedessen konnte eine geplante weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Millionen Mark nicht stattfinden. Vielmehr sollten die Aktien im Verhältnis von 4:1 zusammengelegt werden.

Dadurch wäre das Aktienkapital von 11 auf 2 3/4 Millionen Mark herabgesetzt worden. Die Generalversammlung beschloß jedoch zugleich, daß die Herabsetzung unterbleiben solle, wenn die Aktionäre von je 4 Aktien 3 der Gesellschaft zur Verfügung stellen und dieier das Recht geben würden, sie neu zu verkaufen. Das geschah. Die Gesellschaft gab dann 6 Millionen Mark zum Kurse von 105 Prozent wieder aus und führte damit dem Unternehmen erhebliche Geldmittel zu. Der Rest der eingeleierten Aktien (2 1/4 Millionen Mark) blieb im Besitz der Gesellschaft, brauchte also nicht verzinst zu werden.

Der Krieg brachte nun dem Unternehmen einen starken Aufschwung. Schon das erste Kriegsjahr 1914/15 brachte fast eine halbe Million Gewinn und den Aktionären 6 Prozent Dividende. Der Abschluß für das Jahr 1915/16 rechtfertigte alle Hoffnungen der Aktionäre. Der Reingewinn betrug nach überreichen Abschreibungen und Rückstellungen noch rund 2 1/2 Millionen Mark, die Dividende wurde von 6 auf 12 Prozent erhöht.

Der Bericht für 1916/17 ist noch nicht erschienen (das Geschäftsjahr schließt am 30. September), jedoch versicherte die Verwaltung schon im Vorjahr, daß es gute Erträge bringen würde, und sie wiederholt diese Versicherung jetzt mit besonderem Nachdruck. Die Neuausgabe von Aktien soll deshalb wohl auch dem Zweck mit dienen, den Prozentfuß der Dividende nicht allzu sehr heraufschnellen zu lassen. Einmal, weil man die Kriegsgewinne nicht gern hart ins Licht rückt, dann aber auch, weil sich durch die getroffene Regelung Steuern sparen lassen. Die Aktionäre fahren bei dem Geschäft sehr gut. Sie erhalten die Aktien zum Nennwert, obwohl sie das Dreifache oder mehr — je nach der Höhe der nächsten Dividende — „wert“ sind. Jedenfalls hat der Krieg den Aktionären doppelt zurückgebracht, was sie im Frieden verloren haben. Und man wird verstehen, wenn Leute, die so große materielle Vorteile vom Kriege haben, sein Ende nicht ebenso heiß herbeisehnen wie diejenigen, denen der Krieg nur Sorgen, Not undummer bringt.

**Kriegsprofite und Kriegslöhne in der chemischen Fabrik „Elektron“ Griesheim a. Main.**

Die Zahl der in der chemischen Fabrik „Elektron“ (Griesheim) beschäftigten Arbeiter hat sich seit Kriegsausbruch mehr als verdoppelt. Die Betriebsstatistik gibt die Zahl der beschäftigten Arbeiter ihres Berufes für 1914 mit 2110, für 1916 mit mehr über 4000 an. Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse hat sich wesentlich geändert. Früher waren, abgesehen von einigen Putzfrauen, weibliche Arbeiterkräfte nicht beschäftigt, heute finden man mehr als 200 Arbeiterinnen in allen Räumen und an den gefährlichsten Apparaten. Trotz dieser erheblichen Vermehrung der Arbeiterkräfte hat der Betrieb doch fortwährend über Mangel an Arbeitskräften zu klagen. Aus der Vermehrung der Arbeiterkräfte während des Krieges geht schon hervor, daß die Firma sehr stark mit Personalfragen beschäftigt ist. Das erkennt man aber auch an dem reichen Goldregen, der durch den Krieg über die Herren Direktoren und Aktionäre gekommen ist. Wie alle chemischen Fabriken, kann auch die „Elektron“ auf ein glänzendes Geschäftsjahr zurückblicken. Dabei sind die Ausschüßen, im laufenden Jahre noch höhere Gewinne zu erzielen, nicht möglich. Doch läßt sich der Geschäftserfolg weiter steigern.

Der Abschluß ergibt einen Bruttogewinn von 15 612 093 Mk. gegen 10 817 994 Mk. 1915, wozu Generalausgaben, Zinsen, Verschönerungen, Steuern 2 576 073 Mk. (im Vorjahr 2 220 040 Mk.) und Abschreibungen 3 476 927 (2 938 563) Mk. erforderlich. Umzuschlag 995 234 488 Mk. Etwa 22 Prozent des Reingewinns sind für die Aktionäre in Höhe von 6 Prozent (zusammen also 22 Prozent) vorgesehen. Der gegen das Vorjahr gestiegene Gewinn ist nach dem Geschäftsbericht im wesentlichen auf Umstände zurückzuführen, deren Hervorhebung nach Kriegsende nicht zu erwarten steht. Man habe einsehen mit dem heutigen Stande des industriellen Auslands zu rechnen, so daß die Frage offen bleibt, wie sich nach Friedensschluss die Ausschüßen auf dem Weltmarkt für die Gesellschaft gestalten werden. Von dieser Erwägung ausgehend, glaubt die Verwaltung auch, an der vorjährigen Dividende festhalten zu sollen. Für Sondervergütungen an die unter den Waffen stehenden Angehörigen und Arbeiter und deren Familien werden 1 233 336 (1 133 279) Mk. veranschlagt. Es wird ferner beantragt, den im letzten Jahre geschaffenen Jubiläumsfonds mit einer weiteren Auszahlung von 1 Millionen Mark auszustatten, den Unternehmungskosten 1 auf 200 000 Mk. anzusetzen und den Beamten-Pensionsfonds, aus welchem im Jahre 1916 82 630 Mk. Verwendung fanden, wieder auf 1 Millionen Mark zu ergänzen. Ferner werden zwei Millionen Mark als erste Zuweisung für einen zu gründenden Arbeiter-Pensionsfonds vorgeschlagen und 450 000 (600 000) Mk. als errente Reserve für Ansparsen im künftigen Auslande, wonach 1 218 933 (995 234) Mk. zum Vortrag auf neue Rechnung verbleiben.

Die Aktionäre können also sagen: Sehen Sie, das ist ein Geschäft, das bringt auch was ein! Bei 16 Millionen Mark Aktienkapital 9% Dividende und Reingewinn in einem einzigen Jahre! Das sind wieder fünf Millionen Mark mehr als 1915, das sind schon ein gutes Kriegsjahr war. Der Reingewinn beträgt 11,6 Millionen Mark, das sind 25 Prozent des Aktienkapitals. Das ist ein Gewinn, den man etwas abgeben werden muß, um die Abschreibungen (wenn es überhaupt noch etwas abzusetzen gibt) und die Dividende nicht allzu hoch erscheinen zu lassen, verbleibe sich am Ende.

Nicht unerwähnt soll bleiben, was in dem Geschäftsbericht nicht mitgeteilt wird: die Firma hat auch noch außer den oben genannten Zuweisungen das Defizit der Betriebskrankenkasse, welches 79 000 Mark betrug, gedeckt. Die Beiträge der 4000 Mitglieder haben nicht hingereicht, um die Kosten, die die Erkrankungen der Mitglieder der Kasse verursachen, zu decken. Das läßt tief blicken!

Wie ist es nun möglich, so märchenhafte Gewinne zu erzielen? Es ist ja eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Produkte der chemischen Industrie gut bezahlt werden, aber dieses allein kann nicht die Ursache zu hohen Gewinnen sein. Es ist noch eine andre da, und das ist die Entlohnung der Arbeiter. Wie steht es damit in der chemischen Fabrik „Elektron“? Die Stundenlöhne der Arbeiter sind seit Kriegsausbruch nicht wesentlich in die Höhe gegangen. Sie betragen vor dem Kriege 33, 40, 42 bis 45 Pf., in sehr wenigen Fällen 50 bis 65 Pf. Um die Steigerung der Lebensmittelpreise und aller andern Bedarfsartikel, insbesondere der Kleider und Schuhe, scheinen sich die Herren Aktionäre und Direktoren wenig Kopfschmerzen gemacht zu haben. Bis zum Frühjahr 1917 hat man Lohnniederstellungen überhaupt nicht gegeben, sondern nur sogenannte Kriegszulagen. Zuerst 50 Pf. pro Tag und weitere 50 Pf. pro Woche für jedes Kind. Dann auf Drängen der Arbeiter 75 Pf. und im Herbst 1916 1 Mk. pro Tag und 1 Mk. pro Woche für jedes Kind. Erst im Frühjahr 1917, als die Arbeiter zum dritten Male eine Erhöhung der Stundenlöhne verlangten, gab man dem Drängen nach und erhöhte die Stundenlöhne um 5 Pf. Aber auch dies nicht allgemein. Arbeiterinnen, Jugendliche und die polnischen Arbeiter erhielten nur 3 Pf. Zuschlag pro Stunde.

Es ist nur ein Verdienst der organisierten Arbeiterklasse, daß diese Verbesserungen überhaupt gegeben wurden. In zäher Ausdauer haben dieselben immer wieder verfehlt, die Löhne der Arbeiterklasse den Verhältnissen anzupassen. Die Unzufriedenheit, die unter den Arbeitern Platz gegriffen hat, scheint der Direktion in letzter Zeit doch einige Bedenken verursacht zu haben. Auch andre Vorkommnisse, die hier nicht näher erörtert werden sollen, wohl auch die zweimal kurz hintereinander erfolgte Zulage der höchster Farbwerte und das vermehrte Verlangen der Arbeiter nach dem Abbleichen scheinen die Direktion bewegen zu haben, eine grundsätzliche Veränderung in der bisherigen Zahlung der Kriegszulage vorzunehmen.

Die tägliche Kriegszulage von 1 Mk. fällt weg. Es werden dafür nunmehr pro Stunde 20 Pfennig Teuerungszulage gegeben. Die Unterzahlung für die Kinder (pro Woche und Kind 1 Mk.) bleibt bestehen. Es bedeutet diese Regelung eine neuerliche Zulage von 10 Pf. pro Stunde. So viel Stunden, wie der Arbeiter die Woche arbeitet, so viel mal 20 Pf. Zulage erhält er. Sicherlich ein Anreiz für die Arbeiter, recht viel Überstunden zu machen.

Auch bei dieser Lohnzulage hat man geglaubt, wieder Unterschiede machen zu müssen, den polnischen Arbeitern hat man auch hier wieder weniger gegeben als den andern. Dieser Betrag die Kriegszulage dieser Arbeiter 30 Pf. täglich, jetzt erhalten Ledige 3 Mk. und Verheiratete 4 Mk. an Kriegszulage. Warum diese Benachteiligung? Auch mit dieser Regelung der Lohnverhältnisse sind die Arbeiter noch nicht zufrieden. Andre Betriebe, die in ihren Jahresabrechnungen nicht mit so ungeheuerlichen Gewinnen zu rechnen haben, zahlen ihren Arbeitern bedeutend höhere Löhne. Nach diesen Löhnen die Arbeiter der chemischen Fabrik „Elektron“ in keinem Verhältnis zu der Leistung und zu den großen Gewinnen, die erzielt werden.

**Schon wieder eine Explosion.**

Eine folgenschwere Explosion ereignete sich am Sonnabend, dem 11. August, nachmittags 3 Uhr, auf der Pulverfabrik in Troisdorf. In einem Windelaufe entzündet auf unaufgektearte Weise Feuer, worauf in einigen Minuten drei Windelhäuser und das Wajshaus 1 und 2 zerstört wurden. Leider sollen sehr viel Tote und Verletzte zu beklagen sein. In den Windelhäusern arbeiten je 120 bis 140, in den Wajshäusern je 20 Personen. Glücklicherweise war schon ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen weggegangen, da sonst die Zahl der Toten und Verletzten sich noch erhöht hätte.

**Papier-Industrie \*\*\***

**Papierknappheit.**

Zum zweitenmal verursacht der Mangel an Papier den Papierarbeitern ernste Kopfschmerzen. War der erste Papiermangel im Jahre 1915 mehr ein „Bluff“ der Papierfabrikanten zur Erzielung höherer Preise, so ist er diesmal eine bittere Tatsache. Die deutsche Papierfabrikation ist nicht in der Lage, das benötigte Papier zu liefern. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Leistungsfähigkeit der Papierfabrikation nachgelassen hat. Zwar hat das Fehlen von wichtigen Rohstoffen und der Mangel an tüchtigen Arbeitskräften der vollen industriellen Entwicklung einzelner Betriebe Eintrag getan, jedoch haben die Papierfabrikanten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Ansprüchen ihrer Mönchmer nach Möglichkeit gerecht zu werden. Unsere Kollegen in der Papierindustrie können ein Liedchen singen von der fortwährenden Untertreibung durch Vorgesetzte und Unternehmer zur Erhöhung der täglichen Produktionsmenge.

Die Ursachen der täglich spürbarer werdenden Papierknappheit liegen weniger in einer Mindererzeugung als vielmehr in einer vermehrten Inanspruchnahme des Papiers zu industriellen Zwecken. Besonders ist es die Textilindustrie, die durch ihren Uebergang zur Papiergarnfabrikation der beste Abnehmer der Papierfabrikanten geworden ist. Die Textilindustriellen überschwemmen mit ihren Angeboten den Papiermarkt und suchen durch ein außerordentlich großes Entgegenkommen gegenüber den Papierfabrikanten noch die letzte Papiermaschine in den Dienst ihrer Rohstoffproduktion zu stellen. Die deutschen Interessenten werden klammern, wenn ihnen nach dem Kriege wirklich einmal ein Einblick in das enge Freundschaftsverhältnis gestattet werden sollte, in das die großen Papiergarnindustrie mit den Papierfabrikanten während der Kriegszeit geraten sind. Noch nie ist um die Günt der Papierfabrikanten von ihren Abnehmern ja gebuhlt worden, wie während der Kriegszeit von den Spinnpapierabnehmern. Nicht nur, daß sie den Papierfabrikanten beim Uebergang zur Spinnpapierfabrikation gute Gewinne sichern, selbst hohe Kapitalen, Rohstoffe und sonstige Vergünstigungen werden den Papiermachern gewährt, wenn sie zur Spinnpapiererzeugung übergehen. Das nächsteheben Injerat aus der Nr. 30 des „A. f. P.“ mag als Beweis für diese Behauptungen dienen:

**Welche Papierfabrik**  
will sich auf Spinnpapier einrichten oder solches liefern, über 40 gr oder unter 40 gr bis 20 gr? Auf Wunsch wird Kapital gegeben und die Zellulose geliefert. Heereschein und alle möglichen Erleichterungen werden gewährt.  
Abnahme der ganzen Erzeugung.  
Angebote an E. K. Berndt, Berlin SW 47, Rappbachstraße 13 (Fernspr. Kurfürst 7994).

**Chemische Industrie**

**Der Scheidemannkonzern reckt sich wieder.**

Der Scheidemannkonzern reckt sich wieder auf. Wie die Verwaltung berichtet, hat die Gesellschaft das Aktienkapital von 1 306 000 Mk. der Spezial-Aktiengesellschaft in Rummelsburg (Zucker- und Süßwarenfabrik) erworben; sie beteiligt sich bei der Phoenix- und Sigmara-Fabrik, Mannheim, der Lebig-Fabrik, Kassel, in Kassel und Köln und andern zur Erweiterung des Arbeiterrechts bedenklichen Unternehmungen. Der Generalversammlung wird ferner die Fusion mit der Wilhelmsharburger Chemischen Fabrik Hamburg in Wilhelmsharburg vorgeschlagen, von deren 600 000 Mk. betragendem Aktienkapital der Scheidemannkonzern bereits 595 000 Mk. besitzt. Zur Aufhebung der zu den Reserven gehörigen 2175 Aktien (auf je 1000 Mk. lautend) zum Nennwert an die alten Aktionäre im Verhältnis von 1:4 anzusetzen. Es handelt sich dabei jedoch nicht um die An-

Kann man es den Papierfabrikanten, die wie alle andern Kapitalisten nach möglichst hohen Profitten geizen, wirklich noch verdenken, wenn sie derartige Angebote liebevoll aufnehmen zum Schaden der übrigen Papierverbraucher? Kein rechter Kapitalist wird derartigen Angeboten widerstehen, besonders wenn er vielleicht noch die Aussicht hat, seine Rube, die vor dem Kriege der Pleitegeier ständig umkreiste, wieder in Blüte zu bringen. Die Spinnpapiererzeugung ist zweifellos das rentabelste Geschäft der Papiermacher während der Kriegszeit. Winken ihnen doch nicht nur hohe Gewinne, sie haben auch noch die hohe „patriotische“ Genugtuung, ihre Knochenmühle in den Dienst des Vaterlandes gestellt zu haben.

Ein feines Geschäft ist es doch zweifellos, wenn die Gräfl. Genkel von Donnermarktische Papierfabrik Frantkischach u. G. in Berlin durch ihre Verbindung mit mehreren Spinnpapierkonzernen für das abgelaufene Geschäftsjahr ihren Reingewinn von 70 406 Mk. auf 176 848 Mk. erhöhen konnte! Mancher Aktionär, der vor dem Kriege an seinen Papierfabrikaktien wenig Freude erlebte, ist durch die Spinnpapierherstellung in die angenehme Lage versetzt worden, seine Kuponfähre wieder in Bewegung setzen zu können.

Mit wenig günstigen Blicken verfolgen die Papierverarbeiter diese Vorgänge auf dem Papiermarkte. Und sie haben Ursache dazu. Nicht nur, daß die Papierpreise dadurch um 300 bis 400 Prozent gestiegen sind, stellt auch die durch den vermehrten Verbrauch von Spinnpapier erzeugte Papierknappheit manchen Papierverarbeitungsbetrieb vor die Notwendigkeit, die Erzeugung erheblich einzuschränken. In der Berliner Typographischen Gesellschaft wurde vor kurzem berichtet, daß von den auf der Wagnra in Leipzig ausgefallenen 7000 Fachzeitschriften bereits rund 1500 von der Wildfläche verschwunden sind. Manche dieser Zeitschriften hat der erste Kriegssturm im Jahre 1914 schon hinweggeblasen, andre sind während der Kriegszeit aus verschiedenen Ursachen verschwunden. Die Verhältnisse auf dem Papiermarkte mögen ihren Teil dazu beigetragen haben, allein schuldig sind sie nicht. Zweifellos ist es eine bedauerliche Erscheinung, wenn Tageszeitungen, wie die „Rheinische Zeitung“, die Annahme neuer Leser wegen Papiermangels ablehnen und den alten Lesern empfehlen müssen, die Zeitung gemeinschaftlich zu lesen. Wahrscheinlich wird in dieser Beziehung während der Kriegszeit auch keine Besserung mehr eintreten. Die Papierverarbeiter werden noch manchen Schmerz in dieser Hinsicht zu überwinden haben, während ihre Freunde von der Papiermacherzunft „goldenen“ Tagen entgegengehen.

### Bevorzugung weiblicher Arbeitskräfte in der französischen Papierindustrie.

Der männermordende Weltkrieg hat auch in Frankreich die Zahl der wehrfähigen Männer als Kanonenjüter beansprucht und dadurch der Industrie die geistigen Arbeitskräfte entzogen. Nach deutschem Muster sind nun auch die französischen Papierindustriellen dazu übergegangen, die weiblichen Arbeitskräfte zur Bedienung der Maschinen heranzuziehen. Die „Papierzeitung“ weiß darüber folgendes zu melden: „Nach einer Uebersicht des französischen Arbeitsministers über Beschäftigung von Frauen in der Industrie an Männerstellen haben die Frauen der Papierherstellung (Anfang 1917) vollständig Spanier und Griechen, deren Arbeit nicht befriedigte, verdrängt. Auch bei der Kartonerstellung und als Buchbinder werden Frauen verwendet.“

### Ein zugkräftiges Inserat.

Die Ernährungschwierigkeiten machen nicht nur unsere Hausfrauen, sondern auch dem Vater Staat ernste Kopfschmerzen. Trozdem scheint es noch Gegenüber in Deutschland zu geben, wo die Ernährungsfragen verhältnismäßig leicht gelöst werden können, wie aus dem nachstehenden Inserat in der „Papierzeitung“ hervorgeht:

Wir suchen für Thüringen einen verheirateten Pappmachere und einen Holländermüller für Graupappen zum möglichst sofortigen Eintritt. Wohnungs- und Vergütungsgeschehenheit ist durchaus gut, ebenso wird auch dauernde Beschäftigung geboten. Bewerber finden gut eingearbeitete weibliche Hilfskräfte vor. Angebote an Grabert u. Franke, Berlin O 27, Solzmarktstraße 48.

Gute Ernährungsverhältnisse und gut eingearbeitete weibliche Arbeitskräfte, Herz, was verlangst du noch mehr? —

### Verschiedene Industrien

### Herr Jehmlich will seine Blumenarbeiterinnen wieder haben.

Als in den ersten Kriegsmontaten überall ein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden war, und besonders in den Industriezweigen, deren Erzeugnisse leicht entbehrlich sind, die Aufträge stark zurückgingen, wurden ganze Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen einfach entlassen. Besonders war das der Fall in der Industrie künstlicher Blumen und Mätker. Sowohl in dem sächsischen Hauptstätt dieser Industrie, Sebnitz u. Umg. als auch überall da, wo sie sonst vertreten war, gab es Arbeitslosigkeit in Fülle. Inzwischen hat sich das Bild gewandelt. Die Nachfrage nach Erzeugnissen der Blumenindustrie ist wieder gestiegen; die Arbeitskräfte aber nun, soweit sie nicht zum Heeresdienst eingezogen sind, in andre, besser lohnende Industriezweige übergegangen. Infolgedessen besteht heute, wie fast überall, so auch in der Industrie künstlicher Blumen, vielfach ein direkter Mangel an Arbeitskräften. Dieser Mangel bestand und besteht auch bei dem Wachsblumenfabrikanten Owin Jehmlich in Obernhau u. S. Um ihm abzuhelfen, verjaubte er an seine Heimarbeiterinnen Karten mit folgendem Inhalt:

Obernhausen, 24. Juli 1917.

An meine Heimarbeiterinnen! An meine Heimarbeiterinnen!

Die Anfertigung von Blumen geht immer mehr und mehr zurück, so daß ich mich genötigt sehe, Sie aufzuordern, wieder soviel Blumen herzustellen wie früher. Viele meiner Heimarbeiterinnen haben sich andre Beschäftigung gewünscht, die vorübergehend vielhöher lohnender ist, aber nicht dauernd, viele machen gar nichts mehr und lassen sich durch den Staat ernähren in Form von Unterstützung, und mache ich hiermit bekannt, daß ich alle diese Leute, die gar nicht mehr für mich arbeiten, gänzlich aus meinen Listen streiche und auch nie wieder beschäftige und diejenigen, die nur noch zum verschwindend wenigen Teil für mich tätig sind, auch später, wenn wieder andre Zeiten eintreten, in gleicher Weise behandle.

Obernhausen Wachsblumenfabrik Owin Jehmlich.

Biel Glück wird Herr Jehmlich mit seiner Drohung nicht haben. Die Frauen, die früher bei ihm bei 14- bis 16ständiger Arbeitszeit unter Mitteln von Kindern wöchentlich sage und schreibe 5 bis 8 Mark verdienten, werden sich nicht beirren, jetzt zu den letzten Fleckentöpfen der Firma Jehmlich zurückzukehren. Will Herr Jehmlich Arbeiterinnen

haben, so wird er sich schon zur Zahlung angemessener Löhne verstehen müssen; mit Drohungen erreicht er doch nichts. Immerhin ist es bezeichnend, daß ein Unternehmer es überhaupt wagt, in der jetzigen Zeit Arbeiterinnen aus lohnender Arbeit herauszreiben, um sie für geringeren Lohn selbst anspannen zu können.

### Genossenschaftsbewegung.

#### Arbeitergenossenschaften in Unternehmerorganisationen.

Wie die Konsumgenossenschaftliche Rundschau mitteilt, fand im Zusammenhang mit dem Genossenschaftstage in Nürnberg eine Beratung der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Produktivgenossenschaften statt, soweit sie auf dem Genossenschaftstag vertreten waren. Diese Beratung galt besonders der Rohstoffbeschaffung in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft. Diese Frage hat für die Produktivgenossenschaften ein besonderes Interesse, weil vielfach unter der Einwirkung des Krieges die freiwillige oder durch Verordnungen der Kriegswirtschaftsstellen bis zu einem gewissen Grad auch zwangsweise eingetretene Kartellierung der Unternehmer außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Hingegen kommt die Tatsache, daß die Regierung bei der Verteilung beschlagnahmter oder sonst kontingentierter Rohstoffe sich nahezu ausschließlich dieser Unternehmerorganisationen als Verteilungsstellen bedient.

Es gibt Gewerbe und Industrien, in denen der Rohstoffbesitz den Firmen, die nicht Mitglied der einschlägigen Unternehmerorganisation sind, nahezu unmöglich geworden ist. Diese Erscheinung wird mit Kriegsende nicht verschwinden, sondern namentlich in der Zeit der Uebergangswirtschaft voraussichtlich noch schärfer hervortreten. Hierdurch haben einzelne Unternehmerorganisationen eine Machtstellung erlangt, von der sie rücksichtslos Gebrauch machen werden, und die Frage des Beitritts zu solchen Organisationen wird für die Arbeitergenossenschaften immer brennender, denn ohne Rohstoffe keine Produktion. Die in Frage kommenden Unternehmerorganisationen haben zum Teil Satzungsbestimmungen, die Einfluß auf die Arbeiterschaft vorsehen, von den Schlichtungskommissionen bei Lohnstreitigkeiten angefangen bis zur Zurückweisung „unberechtigter Lohnforderungen“, Bekämpfung „ungerechtfertigter“ Streiks, Aufstellung schwarzer Listen usw.

Es liegt also für die Arbeiterproduktivgenossenschaften auf der einen Seite eine Zwangslage vor, sich solchen Unternehmerorganisationen anzuschließen, wollen sie von dem Rohstoffbesitz und der Rohstoffverteilung nicht gänzlich ausgeschaltet werden; auf der andern Seite besteht der Widersinn, daß Arbeitergenossenschaften Mitglied von Unternehmerorganisationen werden sollen. — Der Referent, Kirchhof (Dresden), kam zu dem Schlusse, daß solcher Zwangslage gegenüber die Genossenschaften eine Entscheidung treffen müßten. Diese könne aber nach seiner Meinung nur so ausfallen, daß der Beitritt zu solchen Organisationen, wenn er im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebs nach sorgfältiger Prüfung aller andern Möglichkeiten unvermeidbar geworden sei, vollzogen werden müsse.

In der Ansprache wurde mitgeteilt, daß die Verhältnisse zwar noch nicht überall die gleichen seien, daß aber dort, wo sie noch nicht so weit gediehen, die Fortdauer des Krieges zweifellos dieselben Zustände schaffen würde. Einige Genossenschaften haben auch bereits aus den geschilderten Gründen den Anschluß an Unternehmerorganisationen vollziehen müssen. Zum Teil wurde lebhaft bedauert, daß Verwaltungs- und Mitglieder einiger Genossenschaften ihre Zustimmung zu den durch die Kriegsverhältnisse bedingten Maßnahmen verweigern. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß man billigerweise keiner Genossenschaft Wortworte machen könne, wenn sie, weil durch die Verhältnisse ein anderer Ausweg aus der Nothstandslage nicht gegeben sei, die Mitgliedschaft irgendeiner Unternehmerorganisation erwirbt. Die Aufrechterhaltung des Betriebs müsse immer oberster Gesichtspunkt bleiben.

Des Weiteren wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß solche Zusammenkünfte der Produktivgenossenschaften zur Erörterung besonderer Fragen durchaus erwünscht seien, daß in bestimmten Fällen ein Gedankenaustausch unter den Produktionsgenossenschaften außerordentlich wertvoll sei. Deshalb wurde beschlossen, auch den nicht anwesenden Brüdergenossenschaften von dem Verlaufe der Sitzung Kenntnis zu geben. Hiermit die Produktivgenossenschaft der Schneider in Dresden zu beauftragen, die im Bedarfsfalle zu weiterem Gedankenaustausch für die Brüdergenossenschaften als Vermittlungsstelle dienen soll.

Die hier angeschnittene Frage ist nicht nur für die Genossenschaften, sondern auch für die Gewerkschaften von erheblicher Bedeutung. Nicht die mehr formale Seite, die der Referent in den Vordergrund gerückt hat, nämlich, daß der Beitritt der Arbeitergenossenschaften in Unternehmerorganisationen ein Widerspruch sei. Das mag richtig sein, ist aber nicht der springende Punkt. Nicht der Widerspruch, der in dem Beitritt oder der Zugehörigkeit liegt, ist wesentlich, sondern die tatsächlichen Folgen und Folgerungen, die sich daraus ergeben.

Die Unternehmerorganisationen binden ihre Mitglieder meist durch hohe Geldstrafen an die gemeinsamen Beschlüsse und Vereinbarungen. Auch können sie Verstöße mit Ausschluß aus der Organisation ahnden. Wenn nun eine Unternehmerorganisation Beschlüsse faßt, die gegen die Arbeiter gerichtet sind, sei es, daß sie zu einer Aussperrung auffordert oder eine solche unterstützt, sei es, daß sie beschlußmäßig Lohnhöhungen verhindern oder Lohnfälligkeiten durchsetzen will, sei es, daß sie irgendeinem andern Zweck verfolgt, so bindet sie durch ihre Beschlüsse auch die Arbeitergenossenschaften, die Mitglied sind, an die gegen Arbeiter gerichteten Maßnahmen. Fügt sich die Genossenschaft nicht, so kann sie mit hohen Strafen belegt, oder von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden. Wird sie aber ausgeschlossen, so steht sie vor denselben Schwierigkeiten, denen sie durch ihren Beitritt entgehen wollte. Fügt sie sich aber, tritt sie den Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft bei, so muß sie naturgemäß allen Kredit bei der Arbeiterschaft verlieren.

Die Genossenschaften sollten also die Frage, ob sie den Unternehmerorganisationen beitreten, sehr, aber sehr reiflich

überlegen. Vor allem erscheint es uns nötig, daß über diese fraglos wichtige Frage zunächst einmal eine eingehende Aussprache und Beratung zwischen den Genossenschaften und den Gewerkschaften stattfindet.

### Ausländische Arbeiterbewegung.

#### Subiläum des holländischen Fabrikarbeiterverbandes.

Unsre holländische Bruderorganisation, die „Niederländische Vereinigung von Fabriksarbeitern“ konnte am 4. August d. J. auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Die Verbandseitung nimmt das zum Anlaß, in einer inhaltlich gut ausgestatteten Festnummer des Verbandsorgans („De Fabriksarbeider“) Rückblick auf und Ausblick zu halten. In einem einleitenden Rückblick wird erinnert an die Langsamkeit des Aufstiegs in den ersten Jahren, in einem zweiten Aufzuge wird der Lebensweg des Verbandes näher beschrieben; er schließt mit der frohen Feststellung: „Und nun haben wir eine prächtige Vereinigung mit 6000 Mitgliedern.“ In vielen weiteren Aufzügen wird über das Werden und Wollen des Verbandes in den einzelnen Orten und Bezirken des Landes berichtet. Ein Gruppenbild zeigt die Leiter der größeren Verbände mit den Angehörigen der Zentrale. Die ganze Nummer zeugt davon, daß vorwärtsstürmendes Leben und Drängen in unserm Bruderverband nicht fehlt. Wir freuen uns darüber und hoffen, daß der prächtige Aufstieg des Verbandes auch fernerhin anhält.

#### Die gewerkschaftliche Bewegung in Rußland.

Der „Gewerkschaftskate“, das Organ der russischen gewerkschaftlichen Verbände, veröffentlicht folgende Angaben über das Anwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung in Rußland:

Das Moskauer Zentralbureau umfaßt 30 Verbände mit einer Mitgliederzahl von 160 000 Personen. Die Stadt Moskau zählt 45 gewerkschaftliche Organisationen. Nach ihren Gewerben werden die organisierten Arbeiter folgendermaßen verteilt: Metallarbeiter 90 000, Druckereiarbeiter 12 000, Schneidemänner 3 000, Fellarbeiter 16 000, Textilarbeiter 25 000, Küche und Servier 18 000, Fehlbänder 11 000. Die Stadt Charlou zählt ungefähr 43 gewerkschaftliche Verbände. Unlängst fand daselbst eine allgemeine städtische Konferenz statt. Es wurde ein Zentralbureau organisiert.

In Jekaterinodar ist der Organisationsprozeß der Gewerkschaftsbewegung im Entstehen begriffen. Es gibt deren vorläufig 6 bis 8. In Woronjoch gibt es vordem 8 gewerkschaftliche Vereine, die unter der Leitung des Zentralbureaus stehen. Der Metallarbeiterverband zählt ungefähr 3000 Mitglieder. In Syrabj bestehen drei gewerkschaftliche Vereine; der organisierten Metallarbeiter sind 12 000. In Pskow sind 10 Gewerkschaftsbereine fest organisiert. Pskow hat auch ein Zentralbureau. Hier zählt 20 Gewerkschaftsbereine mit einem Zentralbureau an der Spitze. Ein Verein handelsindustrieller Angestellter (Handelsgehilfensverein) zählt ungefähr 4000 Mitglieder. In Saratow gibt es mehr als 15 Verbände. Es wird ein Zentralbureau organisiert. Der größte Metallarbeiterverein zählt 3000 Mitglieder. In Nival macht sich eine starke gewerkschaftliche Bewegung bemerkbar. Man zählt 15 Vereine. Der Metallarbeiterverein zählt 4000 Mitglieder. In Jekaterinodar sind bereits über 10 Vereine organisiert. Die Metallarbeiter allein umfassen ungefähr 10 000 Mann. Ein Zentralbureau ist im Entstehen begriffen. In Archangel gibt es im gegenwärtigen Augenblick über 10 gewerkschaftliche Verbände. Der mächtigste unter diesen Verbänden ist der der Transportarbeiter.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Döhlen bei Dresden. Am Sonntag, dem 5. August, tagte in der Roten Schenke (Döhlen) eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Plauenischer Grund, die sich in der Hauptsache mit den Vorgängen im Dresdner Gewerkschaftskartell befaßte. Als erster Punkt fand auf der Tagesordnung ein Referat des Genossen Menke über das Thema: „Stehen die Gewerkschaften noch auf ihrem alten Grundhause?“ Der Hauptvorstand in Hannover hatte dieser Angelegenheit viel Wichtigkeit beigegeben und zwei Vertreter gesandt. Ebenfalls war amwesend der Gauleiter Kollege Meuring und Kollege Richter von der Dresdner Zahlstelle, wohl als Vorstandsmitglied des Dresdner Gewerkschaftskartells.

Der Referent Genosse Menke legte seinen Ausführungen das Wort Jakobis zugrunde: Die Gründung des letzten Arbeitervereins wird für den Kulturhilferifer vor weit größerer Bedeutung sein, als die Erinnerung an die Schlacht von Sabowa. Die Aufgaben der Gewerkschaften, bessere Löhne zu erzielen, Unterzählungen bei Arbeitslosigkeit usw. zu leisten, seien zweifellos in ihrer Wirkung eine große Kulturarbeit, aber mit diesen Aufgaben allein dürfe sich die Gewerkschaftsbewegung nicht begnügen. Die breite Basis müsse immer hidden: Kampf zur Befreiung der herrschenden Zustände, wodurch allein das vorhandene Gland befreit werden würde. Die Eringung besserer Löhne habe bei weitem nicht einen Ausgleich in bezug auf die unzureichende Bekämpfung des notwendigen Lebensmittel gebracht. Aber selbst der Kampf um die Erzielung eines höheren Lohnes sei innerhalb der Gewerkschaften zurückgedrängt worden. Kamfaste Führer der Arbeiterbewegung hätten an erster Stelle gefordert, die Herstellung von Heeresbedarfartikeln im Interesse der Vaterlandsverteidigung nicht zu stören. Zu Beginn des Krieges seien unter ausbrüchlichen Hinweis auf die Notwendigkeit alle Lohnbewegungen abgebrochen. Heute werde eine Harmonie der Klassen propagiert, wo früher die entschiedenste Unvereinbarkeit der Interessenständig betont worden sei. Dieser Umschwung in der Betonung grundsätzlicher Auffassungen und Betätigung müsse doch die Arbeiter nutz machen, und darauf laufe auch die leider fortwährende Katastrophe hinaus, daß die übergroße Zahl der zurückblutenden Hingetrogen nicht den Weg zum Verlande finde.

Wenn im Reich und im Lande von Neuorientierung gesprochen werde, so müßten wir auch daran denken, innerhalb der Gewerkschaften in der Richtung vorzugehen, daß die Demokratie gewährleistet sei, daß heißt, die ewigwährende Erledigung der großen gewerkschaftlichen Fragen ist in die Hände der Mitglieder zu legen. Die „Führer“ sind dazu da, den Willen der Mitglieder auszuführen, aber nicht, ihren Willen den Mitgliedern aufzuzwingen. Dazu sei allerdings notwendig, eine grundsätzliche Aufklärung der Mitglieder zu erstreben. Diese müßten selbst fähig sein, die sozialen Zustände zu beurteilen, dann werden sie auchfolgerichtige Entscheidungen treffen. Sozialistische-demokratische Erziehung innerhalb der Gewerkschaften müsse mehr gepflegt werden, als bis hierher geschähen. Die Mitglieder seien nicht freizusprechen von der Schuld an den herrschenden Zuständen, sie hätten sich bisher viel zu wenig um die positive Gewerkschaftsarbeit gekümmert und den Führern dadurch die Machtbefugnisse eingeräumt. Positive Mitarbeit an und in den Gewerkschaften sei mehr denn je unbedingte Pflicht der Mitglieder, damit diese den ihnen gebührenden Platz im Befreiungskampfe des Proletariats ausfüllen können.

In etwa dreiwertelständiger Rede trat Kollege Brey dem Referenten in verschiedenen Punkten entgegen und verteidigte die Meinung, daß unsere Organisation auch während des Krieges der Arbeiterschaft großen Nutzen gebracht habe. Menke habe die Gewerkschaften verkleinert und den Kampfsireil propagiert. In einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Kollegen Brey stellt Genosse Menke fest, daß für das Hilfsdienstgesetz nur 57 Sozialdemokraten der alten Fraktion gestimmt haben, während sich 22 der Stimme enthalten hätten, darunter namhafte Führer der Gewerkschaftsbewegung. Diese Gewerkschaftler hätten es doch mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, das von Brey in gewisser Beziehung herausgehobene Hilfsdienstgesetz der Arbeiterschaft anzuzubringen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erhält das Wort der Kollege Pollmer. Er führt etwa folgendes aus: Seit der Kartellpartition machen sich auch die Folgen im Dresdner Gewerkschaftskartell bemerkbar. Eine unter Führung des Gauleiters Meuring tagende Funktionärssitzung hatte sich dahin ausgesprochen, alle nicht auf dem Boden der Werkheitspartei stehenden Genossen nicht nur aus der Partei, sondern auch aus den Gewerkschaften auszuschließen. Bei Befragung von Anhängern der Kartellverbandesmitglieder werden Anhänger der Widerheit ausgegliedert. Die Entlassung des Arbeitersekretärs Weiß ist eine glatte Maßregelung wegen seiner politischen Anschauung. Nicht nur im Kartellverband, sondern auch

in der Kartellversammlung haben mehrere Redner dieses bestätigt. Wohl suchte man seine Entlassung mit einer Beschäftigung in Verbindung zu bringen, doch dieses ist nur eine geistliche Ausrede. Aus diesen Gründen heraus empfiehlt ich den einmütigen Beschluß der Verwaltung, aus dem Kartell auszutreten.

Genosse Neuring spricht gegen den Austritt und sucht die Ausführungen des Vorredners zu entkräften. Kollege Richter (Dresden) gibt einige Aufklärung in der Beschäftigungsangelegenheit. Für den Austritt sprechen Vahr und Schneider unter Zustimmung der Versammlung. Der vorgeschlagene Antrag wird im Einverständnis der Kartellmitglieder angenommen, auch werden die Redner ermutigt, sich kurz zu fassen. Darauf spricht der Vorstandsmittglied Kollege Thiemig (Hannover) gegen den Antrag und hebt den Zweck und Nutzen der Kartelle hervor. Da er bereits eine halbe Stunde spricht und sich nach Ansicht der Versammlung nicht an die Tagesordnung hält, erfolgen Zwischenrufe, sich kurz zu fassen und mehr auf die Sache einzugehen. Er verläßt das Medienpodium. Auch Wente erbat sich das Wort und stellte an der Hand der Ausführungen der einzelnen Kartellredner unter Zustimmung der Kartelldelegierten, die in der Kartellversammlung anwesend waren, fest, daß die Entlassung des Genossen Weiss grundtätlich erfolgt sei wegen seiner politischen Betätigung.

Wente ersucht, den Antrag auf Austritt aus dem Kartell heute nicht anzunehmen. Die Delegierten des Fabrikarbeiterverbandes sollten die Angelegenheit vorbringen bei Behandlung des von den Vertretern des Schuhmacherverbandes gestellten Antrages, der Sicherungen verlangt hat, damit sich Daten, wie jetzt gesehen, nicht wiederholen. Sollte das keine Wirkung haben, so könnte man immer noch einmal zu dem heutigen Antrag Stellung nehmen.

Die Abstimmung ergab, daß gegen 15 Stimmen der Austritt aus dem Kartell beschlossen wurde. Mehrere Anwesende entschieden sich der Abstimmung. Die Gegner neigten zweifellos der Auffassung des Vorredners Wente zu. Auf Grund der langen Tagungsdauer hatte ein Teil der Mitglieder die Versammlung vorzeitig verlassen, denn sie war um 5 Uhr einberufen und endete gegen 11 Uhr. Der Vorsitzende ermächtigt im Schlußwort, zur regen Weiterarbeit und zur Hebung unserer Organisation beizutragen. Otto Bach.

Der vorliegende Bericht ist nicht erschöpfend, und vor allem, er ist zu einseitig, für den Referenten in jeder Hinsicht günstig abgefaßt. Wenn die gewerkschaftliche Arbeit unterstützt werden, auf irgendeine hohe Politik zugeschnittenen Ausführungen ungeschminkt und unfrisiert widergegeben werden, dann wußten die Beszer, daß hier einer über Gewerkschaftsfragen geredet, wie der Blinde von der Farbe. Die Ausführungen des Kollegen Thiemig werden als zu lang bezeichnet, und trotzdem nur mit einem Satz erwähnt. Die „persönlichen Bemerkungen“ Wentes werden der Mühsal ausgiebig und unberechtigt, der wichtige Beschluß wieder ganz nebenächlich behandelt. Nur in einem ist der Bericht ungetrübt: er entspricht der Stimmung in der Versammlung. Der Referent, der für K. Genzen, Braunshweig, eingetreten war, hat gar keine Erwähnung, über Gewerkschaftsfragen jedoch reden zu können. Darauf kam es auch wieder ihm noch einem Teil der Zuhörer an. Er ist Vertreter der Parteiposition, deren Schimmel sollte in Parade geritten werden. Nur so ist es zu verstehen, daß der Redner, ohne Widerspruch zu finden, unter heftigen Beifall wiederholt reden konnte, während man die Mitglieder des Vorstandes niederbrüllte und ihnen die Redzeit durch minutenlangen Einspruch verklärte. Die Vertreter des Vorstandes haben tatsächliche gewerkschaftliche Arbeit während des Krieges aufzuführen können. In der Versammlung waren sie beehrt, gegen das Hintertreiben des Parteistreites in den Rahmen der Organisation zu reden.

Falsch ist, daß der Vorstand dem Vortrag Wente irgendeine Bedeutung beigemessen hat. Wie erfahren erst am Sonntagvormittag, daß Kollege Genzen in Döhlen reden wollte, erst am Nachmittag, als wir bereits in der Versammlung waren, daß Wente reden würde. Wegen einer Redeübung Wentes führt man wahrlich nicht nach Döhlen. Warum diese Behauptung?

Die Verwaltung der Zahlstelle Pl. Grand hatte uns von dieser Versammlung keine Kenntnis gegeben, obwohl sie mit uns wegen einer am gleichen Tage, nachmittags 4 Uhr, abzuhaltenden gemeinsamen Sitzung Sitzungsliste wuschelte. Die Sitzung sollte sich mit dem Austritt aus dem Kartell beschäftigen. Eine Ansprache hatten wir verlangt. Das war der Anlaß, der uns nach Döhlen führte. Im Austritt aus dem Kartell sehen wir den Anfang der Organisation zerrütteteren Tätigkeit. Wir wissen, unter welchen Opfern, mit welchen Mühen sie aufgebaut, durchdringender, wahrhaftigster Streiter, wollen wir das Zusammenklagen nicht leicht machen.

Au der zu langen Tagungsdauer sind die Gadenitzer schon. Kein Verbandsvorstand, dem an einer öffentlichen Ansprache etwas liegt, kann um 4 Uhr eine Sitzung mit einer so wichtigen Tagesordnung, um 5 Uhr schon eine Versammlung mit gleicher Bedeutung veranstalten. Die Sitzung wurde durch das plötzliche Eintreffen eines anderen Zeitpunkts gedrängt, wenn wir rechtzeitig von der Versammlung erfahren hätten. Die Kartellfrage konnte insofern nicht einmal in der Sitzung bis 1/6 Uhr erledigt werden, die Besetzung wurde abgebrochen, um wenigstens um 1/6 Uhr mit der Versammlung beginnen zu können. Ein Vorlesung der Anweisung des 2. Quartals war von der Verwaltung abgelehnt worden. Wir haben den Einwand, den Kollegen im Plauenischen Grund war an einer entsprechenden Auseinandersetzung nicht viel gelegen, deshalb liegen die Verhandlungen zu dieser Zeit fest, ohne uns zu benachteiligen.

Der zweite Punkt war es also, der Vertreter des Vorstandes, des Gewerkschaftsvorstandes und der Kollegen Richter (Dresden) nach Döhlen führte. Warum wird dieser Teil der Versammlung im Bericht so „plaudernd“ behandelt? Ist die Sache so ohne Bedeutung? O nein, sie zeigt auf den Ausgangspunkt, die Parteipolitik in Dresden und Umgebung. Der Arbeiterzeitung Weis im Plauenischen Grund, angelehnt vom Dresdener Kartell, mit einer Anzahl unserer Kollegen befreundet, gehört zur Parteiposition. Die Parteipolitik der Groß-Dresdener führt dem Kartell seit dem 14. März 1917: Weis habe dem Kartell ein großes Verbrechen angedreht. Der Vorstand und Aufsichtsrat hält es mit seiner Ehre für unabweisbar, mit einem Ratte weiter zu arbeiten, der sich mit einem Verbrechen in Geschichte eingelassen, die an Parteipolitik grenzen und freies sind. Dieser Ratte war Weis. Er wurde gelobt. Das Plauenische teilte Weis und weiterer jurisdischer Transaktionen ist ein zündend mit fester oppositioneller Tätigkeit zusammen. Letzter über nicht den Grund der Vertragslösung.

Aber was genau! Ist das Plauenische an die Organisation irgendeine Person? Ist das der neue Weg Lagerkampfränge Geist, der Organisationsüberwindung ist, gerade, weil eine Personenfrage antritt? Wir haben eine andere Vorstellung und haben sie für die bessere. Kollege Weis, Ratte und Richter haben nun das Loslösen vom Kartell als Grund und die Mitglieder physisch mit jählichen Gründen entschuldigt. Was hat ihnen die Ausführungen erschwert, was hat gegen sich sein ganzes Schicksal gebracht, ohne daß Gewerkschaftler und Parteimitglieder gegen die Beschäftigung ein Wort der Klage sprechen. Es wurde dann mit 28 gegen 15 Stimmen bei einer Reihe Stimmunterhaltungen der Austritt aus dem Kartell beschlossen.

Ein Rat zu der Referent. Es war jedoch auf die Tendenz, die Gewerkschaftsmacht zu unterstützen. Wer kann allein in der Politik? Wer vertritt den Staat? Was der Organisationsaufbau über die U. S. zu erwarten und Internationalität ist die Antwort groß. Die Internationalität der Gewerkschaften liegt nicht ausschließlich in der Erreichung materieller Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ihre wahre Aufgabe liegt bei der Arbeiter. Der Arbeiter habe nichts als eine Arbeitskraft, die aus ihrer Beschäftigung sich ergebenen wirtschaftlichen und anderen Folgen sehr er wachseln gegenüber. Darüßerselbst Kenderungen an jeder sozialen Lage sein nachschäpfer, berichten ein Wissen der besten Methoden haben und der Regierung. Wenn hinüber dem Arbeiter ein Menschen mehr als zur Lebensführung brauchen notwendig gewesen werde, dann folgen Stunden der Last. Die Arbeiter müssen sich als Klasse organisieren an Stelle der Klassenlosheit, die Macht des Kapitalismus liegt. Strengster Klassenkampf ist dazu erforderlich. Alle Gegenwärtigen können gar nicht werden. Wir müssen das große Ziel: Erreichung der politischen Macht, im Auge behalten. In den Großstädten ist nicht einmal zehn vom Hundert der organisationsfähigen Arbeiter organisiert. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben den Boden des allgemeinen wirtschaftlichen Kampfes verlassen und gehen mit ihrer Unterwerfung unter die herrschenden Klassen. Die gewerkschaftlichen Forderungen an die Arbeiterklasse müssen die Unterwerfung unter die

auf, enthielten aber kein Wort von Klassenpolitik, kein Wort über Kampf. Eine kampfesfrohe Sprache wollen und dürfen die Gewerkschaften nicht führen. Sie haben sich dem Burgfrieden verschrieben, den Klassenkampf aufgegeben, anerkannt, daß zwischen Kapital und Arbeit Harmonie bestehe. So verlage der Klassenkampf, der gerade im Kriege das entscheidende Kampfmittel sein mußte.

Wey erwiderte: Die Vertreter der scharfen politischen Tonart hätten ein ganzes Jahr gebraucht, um den Mut zu kraftvollen - - Worten zu finden. Die Gewerkschaften haben auch vor dem Kriege nicht gestreift, um zu streifen. Jeder Lohnbewegung ist der Versuch zu Verhandlungen vorgegangen. Führten diese zu einem annehmbaren Ergebnis, dann fiel es niemandem ein, die Arbeit einzustellen. Daß man den Mitgliedern Verbesserungen ihrer Lage ohne Opfer an Lohn und ohne Verlust des Arbeitsplatzes verschaffe, sei die Kunst gewerkschaftlicher Taktik. Im Kriegsjahr 1915 habe unser Verband nun mehr Lohnbewegungen zu verzeichnen gehabt wie im Jahre 1914; von 1916 sei das gleiche zu sagen, im laufenden Jahre ging es noch lebhafter zu. Um die Lohnbewegungen zur Durchführung bringen zu können, mußten die „Gewerkschaftsführer“ etwas ganz anderes tun, als der Referent in seiner Unkenntnis unterstellt habe. Alle Organe in der Gewerkschaftsbewegung haben in vollem Maße ihre Pflicht getan, allerdings nicht mit zum Plagen geschwollenen Redensarten, sondern in verantwortungsvoller Arbeit, die den Arbeitern nutz und sie nicht ins Verderben jagte. Bislang habe kein revolutionärer Kampf einer unterdrückt gewesenen Klasse deren politische, geistige und wirtschaftliche Beizehung herbeigeführt. Dazu gehörte immer eine lange Entwicklungsstufe. Der Referent habe ja selbst den Nachweis erbracht, wie wenig Arbeiter durch Organisationszugehörigkeit sich zum Kampfe bekennen. Wo denn kein seine Kampftäpfer? In den durch Nütigkeiten gespaltenen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten geht nicht einmal eine einheitliche wirtschaftliche Kampfesart. Beim Hilfsdienstgesetz haben die Gewerkschaften viel Schlimmeres verhalten. Für das, was gekommen wäre ohne das Hilfsdienstgesetz, konnte kein Arbeitervertreter die Verantwortung übernehmen. Sie auf andre abwälzen, war ja sehr bequemt, aber damit war den Arbeitern nicht gedient. Ohne Hilfsdienstgesetz gab es Militarisierung. Die Arbeiter schanzten dann unter Militärdiktatur und unter militärischem Recht. Nur ein Einzichtslocher könne hier den Unterschied verkennen. Die Frage, stehen die Gewerkschaften noch auf ihren alten Grundfüßen ist entschieden mit ja zu beantworten. A. Wre.

Köln. Die Kriegsamstelle der 8. Armeeoberst verbandt folgenden Aufsat an die Presse:

Unse selbgrauen Brüder stehen in den schwersten und blutigsten Entscheidungsmomenten, die die Weltgeschichte gesehen hat. Eine herrliche und lebendige Mauer schützt und schützt die Ruhestätten. Unser Vaterland ist in treuester Gut. Die Feinde können ihm nichts anhaben. Aber im Innern des Landes werden noch manche schlimme Feinde. Das sind neben den Kleinmütigen die unvernünftigen Elemente unter den Frauen und Jugendlichen, deren unverantwortliches Treiben bei Streits und Unruhen von dem deutschen Volk einmütig aufs Schärfste verurteilt wird. Nach § 89 des Strafgesetzbuchs wird ein Deutscher, der während eines Krieges das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges der Kriegsmacht des Deutschen Reiches vorzählige Nachteile zufügt, wegen Landesverrats bestraft. Wenn nicht mildere Umstände zugebilligt werden, kann Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren verhängt werden. Zur Erfüllung des Landesbetrags ist nicht erforderlich, daß bei dem Täter eine jugendliche Unmündigkeit vorliegt. Ob die Handlung ihm nur Gewinn bringen sollte, oder ob sie politischer oder wirtschaftspolitischen Beweggründen entspringt, ist gleichgültig. Nicht der gewollte Endzweck, sondern allein der Umstand ist entscheidend, ob sie den Erfolg haben mußte, der deutschen Kriegsmacht Nachteile zuzufügen, und ob sich der Täter dessen bewußt sein mußte. Damit scheidet der Streik in den kriegswichtigen Betrieben während des Krieges als politisches Machtmittel unbedingt aus. Wer sich des Streiks trotzdem zur Erreichung bestimmter Zwecke bedient, begeht ein Verbrechen.

Nach den öffentlich abgegebenen Erklärungen des Chefs des Deutschen Generalstabs und des Chefs des Kriegsmarshalls kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß eine auch nur vorübergehende Arbeitseinstellung in der Rüstungsindustrie geeignet ist, im gegenwärtigen Kriege die Entscheidung über Sieg oder Niederlage des deutschen Heeres zu beeinflussen. Eine jede solche Arbeitseinstellung muß also der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteile zufügen, und wer sie aus irgendwelchen Gründen anzettelt, begeht Landesverrat.

Keine Frau und auch kein Jugendlicher in Deutschland wird sich des juchharen Kommandos des Landesbetrags aussetzen wollen! Sie wären für immer geächtet. In erster Linie von denen, die draußen an der Schlachtfeldfront täglich das Leben einsetzen für die Daheimgebliebenen, für die Frauen und die heranwachsenden Jugendlichen.

Dieser Aufsat hat eine große Erregung in der Arbeiterchaft des hiesigen Bezirkes verursacht. Die angeführten Maßnahmen und Warnungen richten sich nur an die Arbeiter, nicht an die Herren Unternehmer. Glaubt die Kriegsamstelle wirklich, daß die Ursachen der Arbeitseinstellungen nur bei den Arbeitern liegen? Gerade das Gegenteil trifft zu! Erpöckweise mühen sich die Arbeiter ihre Rechte zu erweitern. Immer noch haben wir Unternehmer, die jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen ablehnen. Auch in der Lebensmittelfrage, wo doch die Interessengegenstände nicht so scharf zum Ausdruck kommen, verhandeln sie nicht. Trotz der ungeheuren Erregung aller Gebrauchsgüter gibt es heute noch Firmen, die Arbeiter Lohnhöhungen von 2 Pf. pro Stunde anbieten und jeden Zusätz für Verbesserungen verweigern. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die Geduld der Arbeiterchaft immer mehr schmindet und Störungen entstehen, die der Kriegsverwaltung nicht dienlich sind. Man sollte daher auch auf das Treiben der Unternehmer ein wachsame Auge haben, um so - - Störungen zu verhüten.

Wir vermüssen ferner in dem Aufsat den Hinweis auf die „Landesverrat“, die durch Hungerpreise die Ernährungsnotwendigkeiten unermesslich steigern und im Handumdrehen zu reichen Reichen werden. Gerade das Treiben dieser Reichen reizt die Lust zu Arbeitseinstellungen. Hertwig.

Küpperberg. In der am Sonntag, dem 29. Juli, zu Dladen stattgefundenen Versammlung der Kollegen und Kolleginnen der Rf. Dynamitfabrik zu Dladen gab der stellvertretende Geschäftsführer der Zahlstelle einen Bericht über die Verhandlungen mit Herrn Direktor Beyer. Auf Wunsch der Kollegen hatte er der Direktion ein Schreiben überreicht, worin um eine Lohn- und Akkordanpassung, beziehungsweise Gewährung von Kriegserntezulagen ersucht wurde. In dem Antwortschreiben wünschte Herr Direktor Beyer eine persönliche Unterredung. Kollege Herrmann erklärte sein Entgegenkommen, wünschte jedoch, daß zwei Mitglieder des Arbeiterausschusses den Verhandlungen beizuhelfen möchten. Derselbe wurde dies zugesagt. Die Verhandlungen fanden am 23. Juli statt. Sie hatten nach längerer Beratung folgendes Ergebnis:

Sam der nächsten Lohnzahlungsperiode an wird den Arbeitern, die im Stunden- oder Tageslohn beschäftigt werden, eine Kriegserntezulage bezahlt. Diese beträgt nach Verlauf von vier Wochen 10 Mk.; nach weiteren vier Wochen 15 Mk. und nach einer Arbeitsdauer von drei Monaten pro Monat 20 Mk. Den verheirateten Kollegen wird, sofern sie Kinder unter 14 Jahren zu ernähren haben, eine Kinderzulage von 5 Mk. pro Monat gewährt bis zum Höchstbetrags von 20 Mk.

Reider war es nicht möglich, eine Erhöhung der Akkordfüße zu erwirken. Nach Lohnanpassungen wurde festgestellt, daß in einigen Betriebsabteilungen annehmbare Löhne verbuddelt werden. Jedoch sind sie in Anbetracht der gewaltig gestiegenen Lebensunterhaltungskosten immer noch unzureichend. Da die geheimeren Lebensmittel zu gering sind, müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen für hohen Preis andernweit solche beschaffen. Kollege Herrmann gab dann in der Versammlung über verschiedene andere Verhandlungsgegenstände Bericht; unter andere teilte er mit, daß über die Sitzungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion ein Protokoll verfaßt und ihm eine Abschrift überreicht wird. Weiter habe der Herr Direktor ihm mitgeteilt, daß er gegen die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen in keinem Betriebe nichts einwenden habe. In der nun folgenden lebhafte Diskussion waren die Anwesenden mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden.

Kollege Herrmann und andere Redner führten den Kollegen und Kolleginnen die große Bedeutung der Organisation vor Augen und er-

mahnte sie, treue Mitglieder des Verbandes zu bleiben. Erfreulicherweise habe die Zahlstelle in den letzten drei Monaten gute Fortschritte gemacht, aber noch Tausende von Kollegen und Kolleginnen stünden den Organisationen gleichgültig gegenüber. Allein könne kein Arbeiter sein Arbeitsverhältnis so gestalten, wie es angesichts der gewaltig gestiegenen Lebensunterhaltungskosten unbedingt erforderlich sei. Zum Schluß ersuchte Kollege Herrmann um tatkräftige Unterstützung in der weiteren Gewinnung von Mitgliedern. Hoffen wir, daß die Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Um 6 Uhr abends fand in demselben Lokale eine weitere Versammlung der Kollegen und Kolleginnen der Rf. Sprengkapsel- und Zündstoffabrik zu Küpperberg statt. Hier referierte ebenfalls Kollege Herrmann über die Aufgaben des neu gewählten Arbeiterausschusses. Zunächst gab er seiner Freude Ausdruck, daß die Liste der organisierten Kollegen glatt gewährt wurde. Nur hätte die Wahlbeteiligung eine bessere sein können. In leicht verständlicher Weise gab er den Kollegen Anweisungen, wie die Arbeiten des Arbeiterausschusses am besten ausgeführt werden können. An praktischen Beispielen zeigte er, was ersprießliches in anderen Betrieben erzielt worden ist. Freilich dürften nun die Kollegen nicht der Auffassung sein, daß durch die Wahl des Arbeiterausschusses und einmalige Verhandlung mit der Direktion schon alle Wünsche und Beschwerden erledigt werden könnten. Des weiteren ersuchte er die Kollegen und Kolleginnen, ihn in der Agitations- und Aufklärungsarbeit zu unterstützen. Es könne vorkommen, daß man sich bei dem Meister oder Betriebsleiter mißlieblich mache, aber wenn man seine Arbeitspflicht gewissenhaft erfüllt, könne man auch in ruhiger sachlicher Weise seine Rechte wahrnehmen. Sollte wirklich eine Maßregelung vorkommen, dann werde auch bei andern Firmen noch Brot gebaden. Er ermahnte weiter zu eifrigem Studium der Fachzeitung. Gelesene Nummern sollte man niemals achtlos welegen, sondern sie den noch unorganisierten Kollegen und Kolleginnen geben. In der Diskussion gab Kollege Herrmann noch auf verschiedene Anfragen und Anregungen Auskunft. Hoffentlich können wir auch hier in diesem Betriebe recht bald von einem erfreulichen Vorwärtsschreiten der Organisation berichten. S.

Schmieberg. Die Wohltätigkeit der Firma Gebr. Bohl. In Nr. 89 des „Schmieberger Stadtblattes“ wird in einem längeren Artikel die Wohltätigkeit der Firma Gebr. Bohl gepriesen. Der jetzige Inhaber der Firma, Hauptmann a. D. von Petrenki, hat, nach dem Bericht, seiner Beamten und Arbeitern namhafte Geldgeschenke gemacht; angeblich Tausende. Leider müssen wir feststellen, daß davon die Arbeiter verschwindend wenig bekommen haben; so sind z. B. in der Erdmannsdorfer Fabrik von 240 bis 250 Beschäftigten im ganzen sechs Arbeiter und 2 Arbeiterinnen beschenkt worden. Selbstverständlich sind die Beamten und Ausseher alle mit namhaften Beträgen von 30 bis 50 Mk. beschenkt worden, und wir glauben auch ohne weiteres, daß sie dadurch zu noch größerem Eifer angespornt werden, aber die Arbeiterchaft hat durchaus keine Ursache, auf die Betriebsleitung ein Vorbild zu finden. Zumal die Löhne derart niedrig sind, daß sie zu den jetzigen Lebensmittelpreisen in gar keinem Verhältnis stehen. So werden in Schmieberg für männliche Arbeiter 28-30 Pf. pro Stunde, für weibliche Arbeiter 17 Pf. pro Stunde gezahlt. Aber auch sonst ist das ganze Verhalten der Firma ihren Arbeitern gegenüber nicht dazu angetan, ihr ein besonderes Lob zu spenden. Da die große Masse der Arbeiter bei der Geschehensteilnahme leer ausgegangen war, wurden in Schmieberg eine Anzahl Arbeiterinnen bei der Direktion vorstellig. Nach Verhandlung mit dem Arbeiterausschuss wurde auch eine Regelung in Aussicht gestellt, aber wie sah diese aus? Vom Direktor Gampel wurden wörtlich zwei Arbeiterinnen herausgegriffen und - sofort entlassen. Dem Vertreter der Organisation, der um Verhandlungen wegen der Entlassung nachsuchte, wurde fernerhin die Türe gewiesen. So steht die Arbeiterfreundlichkeit der Firma Bohl in Wirklichkeit aus!

Als die Arbeiterchaft der Erdmannsdorfer Fabrik vor einigen Wochen Lohnforderungen stellte und sich mit den ganz minimalen Zusagen der Betriebsleitung nicht zufrieden gab, sondern weiter ging, da erhielten sie zur Strafe reichlich acht Tage keinerlei Lebensmittel. Die Arbeiterchaft der Erdmannsdorfer Fabrik ist jedoch sehr gut organisiert und läßt sich durch solche Schreckspiele nicht mehr einschüchtern. Nach der Entlassung der beiden Arbeiterinnen in Schmieberg verbreiteten die Meister der dortigen Fabrik die Mär, daß die beiden vor ein Kriegsgericht gestellt würden und mindestens zwei Jahre Zuchthaus einzulösen. Mit derartigen Mäßen verfußt man die Arbeiter einschüchtern. Hier müßte eigentlich die Behörde eingreifen und diese Leute wegen Verbreitung unfürsorglicher Gerüchte zur Verantwortung ziehen. Aber durch eine gut organisierte Arbeiterchaft werden wir auch der Firma Bohl noch die Ueberzeugung beibringen, daß die Arbeiter auch Menschen sind und dementsprechend behandelt werden müssen. K. E.

**Verbandsnachrichten.**

Vom 7. August 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:  
Stettin 1570,05. Hocht a. M. 403,11. Straubing 200,--  
M. 12,38. Belten i. d. M. 500,-- Schorndorf 20,35. Saarbrücken  
39,75. Neustadt a. d. S. 1,31. Düsseldorf 1054,58. Freiburg i. Br.  
29823. Walsrode 600,--

Schluß: Montag, den 13. August, mittags 12 Uhr.  
Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1917 haben eingesandt:  
Freiburg, Reutlingen, Schorndorf, Hocht a. M., Lorch i. W., Sulgau,  
Neustadt a. d. Haardt, Saarbrücken, St. Ingbert.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen  
erhielt die Zahlstelle:  
Grünberg i. Schles. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

**Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-  
Bücher und -Karten.**

Nr.	Name des Mitgliedes	Geburts- datum	Eintritts- datum	Eingetretten in
466 237	Hugo Lorenz	8. 12. 1887	28. 10. 1906	Altenburg
371 264	Gustav Schröter	10. 9. 1884	11. 9. 1909	Sitterfeld
516 044	Hermann Liebel	9. 11. 1891	11. 11. 1907	Gamburg
631 311	Severin Bunn	13. 2. 1901	13. 2. 1916	Köln
628 818	Edward Richterich	22. 6. 1872	1. 1. 1910	Mannheim
Karten- Nr.				
438 151	Elisbeth Freudenberg	9. 1. 1892	29. 3. 1917	Dresden
426 322	Berta Gnilowski	18. 1. 1888	7. 1. 1917	Lübeck

**Fabrik- (Munitions-) Arbeiter  
und -Arbeiterinnen**  
suchen bei freier Reise

**Sarbenfabriken Levertufen (Rheinland).**  
Reklungen aus Thüringen und angrenzenden Gebieten  
sind zu richten an den

**Städtischen Arbeitsnachweis  
Weimar.**  
10.41